

## **ANTRÄGE**

Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin-Lichtenberg  
am 21. Mai 2021

# Beschlussbuch

**ANTRÄGE****Empfehlung der Antragskommission**

Die KDV Lichtenberg hat über folgende Anträge abgestimmt:

Antrags-Nr.	Antragsteller	Thema des Antrags	Votum der KDV	Weiterleitung an
1. Beschlossene Anträge				
A 16 - 19	Abteilung 4	Fahrradkennzeichen	angenommen	LPT, BPT
A 18 - 19	Abteilung 4	Weibliche Astronauten	Geändert angenommen	LPT, BPT
A 12 – 20	Abteilung 5	Aufstellung von Wahlvorschlägen für den Deutschen Bundestag ohne besondere Vertreter*innenversammlungen ermöglichen	Angenommen in der Fassung der AK	LPT, BPT
A 14 - 20	Abteilung 4	Dauerhafte Anbindung des Jobcenters Berlin-Lichtenberg	angenommen	BVV-Fraktion
A 01 – 21	Abteilung 6	Ladesäulen für Elektrofahrzeuge in Lichtenberg einrichten	Angenommen in der Fassung der AK	BVV-Fraktion
A 02 – 21	Abteilung 6	Nein zur Menstruationsprekarität	angenommen	LPT
A 03 – 21	Jusos Lichtenberg	Verbot der Einfuhr von Jagdtrophäen	Angenommen in der Fassung der AK	LPT, BPT
A 04 – 21	Jusos Lichtenberg	B.L.O. Ateliers am Standort Rummelsburg sichern	Angenommen in der Fassung der AK	
A 05 – 21	Jusos Lichtenberg	Gedenkveranstaltung „Schreiben gegen das Vergessen“ in Lichtenberg etablieren	angenommen	
A 06 – 21	Jusos Lichtenberg	Exit Deutschland muss erhalten werden	Angenommen in der Fassung der AK	LPT, BPT
A 07 – 21	Jusos Lichtenberg	Bauen für eine lebenswerte Zukunft	Angenommen in der Fassung der AK	LPT, BPT

**ANTRÄGE**

A 08 – 21	Jusos Lichtenberg	Aufarbeitung der NS Vergangenheit der Berliner Beamten in West und Ost nach 45 durch Historiker*innen	Angenommen in der Fassung der AK	LPT
A 09 – 21	Jusos Lichtenberg	Kompetenz der Fachausschüsse nutzen	angenommen	LPT
A 10 – 21	Abteilung 4	In der gesamten Rüdigerstraße eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30km/h einführen	Angenommen in der Fassung der AK	BVV-Fraktion
2. Überwiesene Anträge				
A 06 – 20	Jusos Lichtenberg	Finanzinvestoren raus aus der Gesundheits- und Pflegebranche	Überwiesen an AK Gesundheit und Soziales	
A 29 – 19, A 26 – 19	Beschlussempfehlung des AK Stadtentwicklung	Die Stadt den Menschen, die dort wohnen	Rücküberweisung an AK Stadt	
3. Zurückgezogene Anträge				
A 23 - 19	AK Stadtentwicklung	Kein Abgelenktsein durch Mobiltelefone	zurückgezogen	
4. Abgelehnte Anträge				
A 24 - 19	AK Stadtentwicklung	Gegen Radfahren auf Gehwegen	abgelehnt	
A 03 - 20	Abteilung 6	Demokratie auf der lokalen Ebene stärken – Ortsteilräte in Berlin einführen	abgelehnt	

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag	<u>A 16 – 19</u>
Antragsteller:	Abteilung 4 Alt-Lichtenberg
KDV Lichtenberg am	21.09.2019
Beschluss KDV	<u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen   Enthaltungen <u>Stimmen</u>
Weiterleitung an	<input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input checked="" type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input checked="" type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV
Abstimmungsergebnis:	angenommen

Die KDV der SPD Lichtenberg,  
 Der Landesparteitag der SPD Berlin,  
 Der Bundesparteitag möge beschließen:

Kennzeichenpflicht für Fahrräder

Die SPD-Fraktion im Bundestag und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung mögen darauf hinwirken, dass für Fahrräder eine allgemeine Kennzeichenpflicht analog zu E-Rollern und Mofas („Versicherungskennzeichen/-plakette“) eingeführt wird.

Langfristig soll eine Regelung eingeführt werden, nach der allein die zu erwartende Höchstgeschwindigkeit über eine Kennzeichenpflicht des jeweiligen Verkehrsmittels entscheidet und nicht länger die Bauart.

Begründung:

Die Zahl der verschiedenen Verkehrsmittel steigt beständig. Wir haben immer mehr Möglichkeiten, uns fortzubewegen. Damit einher wird es zunehmend schwieriger, die einzelnen Verkehrsmittel rechtlich voneinander abzugrenzen. Warum braucht ein E-Roller eine Versicherungsplakette, aber sobald man einen Sitz und ein zwei Pedale anbaut und es somit zu einem E-Bike wird, entfällt die Pflicht? Obwohl beides gleich schnell fahren kann. Warum braucht ein Fahrrad kein Kennzeichen, aber der mitunter langsamere Krankenfahrstuhl (ab 6 km/h) schon? Fahrradfahrer\*innen sind ebenso wie Autofahrer\*innen nicht frei von Fehlern. Insbesondere rote Ampeln werden gerade bei geringem Verkehrsaufkommen als Stopp-Schilder fehlinterpretiert. Das Schimpfen auf Fahrradfahrer\*innen gehört unter Autofahrer\*innen zum Alltag, nicht immer ohne Berechtigung. Doch während Autofahrer\*innen durch das Autokennzeichen im Falle von Regelverstößen leicht identifiziert werden können, haben Fahrradfahrer\*innen als eigentlich gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer\*innen gute Chancen, bei einer Fahrer\*innenflucht davon zu kommen. Eine Kennzeichenpflicht hätte hier präventiven Charakter. Mittlerweile gibt es Versicherungsplaketten in sehr kleinen Baugrößen, sodass es nicht mehr unpraktikabel ist, ein solches am Fahrrad anzubringen.

## ANTRÄGE

Originalgröße der Versicherungsplakette: 6,2 x 5,28 cm, hier im Maßstab 1:1



**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag	<u>A 18 – 19</u>
Antragsteller:	Abteilung 4 Alt-Lichtenberg
KDV Lichtenberg am	21.09.2019
Beschluss KDV	<u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen   Enthaltungen   Stimmen
Weiterleitung an	<input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input checked="" type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input checked="" type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV
Abstimmungsergebnis:	angenommen

Die KDV der SPD Lichtenberg,  
 Der Landesparteitag der SPD Berlin,  
 Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der nächste Deutsche im All muss eine Frau sein!

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, über das Bundeskabinett und das für Forschung zuständige Ministerium darauf hinzuwirken, dass die ESA bei ihren Auswahlverfahren für das künftige Europäische Astronautenkorps die Ausschreibung derart gestaltet, dass Frauen bei gleicher oder ähnlicher Eignung bevorzugt werden.

Begründung:

Die Europäische Weltraumagentur schreibt auf ihrer Webseite selbst folgendes:  
 „Aus körperlicher Sicht ist es für Frauen nicht schwieriger. Abgesehen von geschlechtsspezifischen medizinischen Untersuchungen sind die medizinischen und psychologischen Anforderungen für Männer und Frauen identisch. Die körperliche Kondition und der Zustand des Herz-Kreislauf-Systems werden stets individuell beurteilt und die Fitness-Zielwerte werden an die physiologischen Unterschiede zwischen Mann und Frau angepasst. Eine Frau muss also nicht die männlichen Normwerte erreichen, und ebenso wenig umgekehrt.“

1963 war die erste Frau im All – Walentina Tereschkowa. Seitdem waren 11 Deutsche in 16 Raumflügen im All:

- Reinhold Ewald – Mir97 (Sojus TM-25/Sojus TM-24)
- Klaus-Dietrich Flade – Mir92 (Sojus TM-14/Sojus TM-13)
- Reinhard Alfred Furrer – STS-61-A
- Alexander Gerst – ISS-Expedition 40/41 (Sojus TMA-13M), ISS-Expedition 56/57 (Sojus MS-09)
- Sigmund Jähn – Sojus 31/29
- Ulf Merbold – STS-9, STS-42, Euromir94 (Sojus TM-20/Sojus TM-19),
- Ernst Willi Messerschmid – STS-61-A
- Thomas Reiter – Sojus TM-22, ISS-Expedition 13/ISS-Expedition 14 (STS-121/STS-116), erster deutscher Raumfahrer mit EVA-Einsätzen und erster Langzeitbesitzer der ESA auf der ISS
- Hans Wilhelm Schlegel – STS-55, STS-122

## ANTRÄGE

- Gerhard Julius Paul Thiele – STS-99
- Ulrich Walter – STS-55

Alles Männer.

Es ist Zeit, dass Deutschland eine Frau ins All schickt. Es ist nicht länger vermittelbar, dass es keine qualifizierte Deutsche für einen Raumflug geben soll, wenn andere Nationen regelmäßig Frauen ins All schicken. Shannon Lucid und Susan Jane Helms flogen sogar 5 Mal ins All.

Es ist Zeit, dass junge Mädchen und Frauen eine Identifikationsfigur bekommen, die ihnen zeigt, dass Frauen es auch im Grenzbereich aus physischen und technischen Anforderungen ganz nach oben schaffen können.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>A 12 – 20</u>	
Antragsteller: Abteilung 5 Friedrichsfelde-Rummelsburg	
KDV Lichtenberg am 20.09.2020	
Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen <u>Enthaltungen</u> Stimmen	
Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Abstimmungsergebnis: angenommen	

Die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Aufstellung von Wahlvorschlägen für den Deutschen Bundestag ohne besondere Vertreter\*innenversammlungen ermöglichen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und die von der SPD entsandten Mitglieder in einer Kommission zur Überarbeitung des Wahlrechtes zum Deutschen Bundestag werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Aufstellung von Wahlvorschlägen für Landeslisten für Wahlen zum Deutschen Bundestag durch die Landesparteitage der Parteien in Anlehnung der entsprechenden Regelung im Landeswahlgesetz Berlin für die Aufstellung von Wahlvorschlägen für das Abgeordnetenhaus von Berlin erfolgen und dafür keine gesonderten Vertreter\*innenversammlungen nötig sind.

Die Aufstellung von Wahlvorschlägen für die Kandidatur zum Deutschen Bundestag in einem Wahlkreis soll außer durch eine besondere Vertreter\*innenversammlung (Wahlkreiskonferenz) auch ermöglicht werden durch:

- a) Briefwahlabstimmung aller im jeweiligen Wahlkreis zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Mitglieder der jeweiligen Partei oder
- b) einen Parteitag der Partei, wenn das Gebiet des Wahlkreises mit dem Gebiet der innerparteilichen Gliederungsebene des Parteitags übereinstimmt.

Begründung:

Während für das Berliner Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen die Aufstellung der Wahlvorschläge durch die Kreisdelegiertenversammlungen (bzw. bei anderen Parteien auch durch deren Landesparteitage) erfolgt, sind für die Aufstellung der Wahlvorschläge für den Deutschen Bundestag einmalig besondere Delegierte zu wählen mit entsprechendem organisatorischen und finanziellen Aufwand. Delegierte eines Parteitages sind ähnlich von den Mitgliedern der Basis der jeweiligen Partei wie die besonderen Vertreter\*innen legitimiert.

Durch gesetzliche Regelung kann sichergestellt werden, dass nicht zum Deutschen Bundestag



## **ANTRÄGE**

wahlberechtigte Delegierte des Parteitages nicht zum Einsatz kommen dürfen, so dass die Aufstellung des Wahlvorschlages nur durch aktiv zum Deutschen Bundestag Wahlberechtigte erfolgt.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>A 14 - 20</u>	
Antragsteller: Abteilung 4 Alt-Lichtenberg	
KDV Lichtenberg am 21.05.2021	
Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen <u>Enthaltungen</u> Stimmen	
Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Abstimmungsergebnis: angenommen	

Dauerhafte Anbindung des Jobcenters Berlin Lichtenberg

Das Jobcenter Berlin Lichtenberg ist eine der 12 zentralen Betreuungsstellen. Dazu gehört u.a. der Sicherung des Lebensunterhalts, aber auch Mehrbedarfe für werdende Mütter, Alleinerzieher oder behinderte Hilfebedürftige.

Derzeit ist das Jobcenter von allen Berliner Bezirken am schlechtesten angebunden.

Die SPD-Fraktion der BVV wird gebeten, sich gegenüber dem Senat und Bezirksamt einzusetzen, diesen Zustand zu beseitigen und einen minimalen Fußweg zu avisieren.

Die Anbindung an den ÖPNV muss verbessert werden, um einen barrierefreien und diskriminierungsfreien Zugang für die Inanspruchnahme, insbesondere älteren Mitbürger\*Innen, Mitbürger\*Innen mit Handicaps und weiteren Gruppen zu ermöglichen. Zudem kann es als positiven Nebeneffekt KFZ-Verkehr reduzieren und damit auch einen ökologischen Beitrag leisten.

**Begründung:**

Grundsätzlich können wir davon ausgehen, dass derzeit 10 Prozent der Bevölkerung auf Barrierefreiheit zwingend angewiesen sind (s. Berlin.de). Trotz Digitalisierung muss die diskriminierungsfreie Option der persönlichen Vorstellung in Zukunft relevant und gleichberechtigt erhalten bleiben.

Die Anbindung von öffentlichen Verwaltungen mit Bürgerdiensten ist vornehmliche Aufgabe des Landes Berlin, geregelt im Berliner Mobilitätsgesetz (§ 4: Menschen- und stadtgerechter Verkehr, Abs. 4)

Konkret fallbezogen stellte die BVG aufgrund einer Anfrage im Jahr 2017 selbst fest, dass die nächste Anbindung an eine Buslinie 600m entfernt ist (s. DS 0099/VIII) und depriorisiert eine Prüfung & Umsetzung zugunsten anderer Regionen.

Wie die dynamische Einwohnerentwicklung in Berlin Lichtenberg (+ 30.000 Einwohner in 10 Jahren) und die enormen baulichen Tätigkeiten (z.B. Frankfurter Allee Nord ISEK) zeigen, ist die Abwägung dieser Rechtsgüter weder ausreichend quantifiziert noch nachvollziehbar. Auch ist

## **ANTRÄGE**

Barrierefreiheit für die Priorität der landeseigenen BVG (siehe [https://www.bvg.de/images/content/service/Flyer\\_Barrierefrei\\_2020.pdf](https://www.bvg.de/images/content/service/Flyer_Barrierefrei_2020.pdf).) und besonders für vulnerable Mitbürger\*Innen kritisch für eine gerechte Teilhabe.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11

Antrag A 01 - 21

Antragsteller: Abteilung 6 Karlshorst/Friedrichsfelde Süd

KDV Lichtenberg am 21.05.2021

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an  BVV  BA  LPT  LV  Senat  AGH  BPT  BT  PV

Abstimmungsergebnis: angenommen

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Ladesäulen für Elektrofahrzeuge in Lichtenberg einrichten

Die SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg setzt sich für den Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Lichtenberg ein, der sich konzeptionell zur Vermeidung einer zementierten Flächenaufteilung des öffentlichen Raums am Beschluss 223/1/2020 „Zukunftsfähiger Ausbau von Ladesäulen“ orientiert.

Begründung:

Für die Verkehrswende tun sich nach dem Mobilitätsgesetz vielfältige Handlungsfelder für Fuß-Fahrrad und öffentlichen Verkehr auf. Für die Verkehrswende ist darüber hinaus die Ermöglichung eines von fossilen Kraftstoffen unabhängigen motorisierten Verkehrs von großer Bedeutung. Der Anteil der Fahrzeuge mit Elektroantrieb an den Neuzulassungen wies bis zuletzt eine stark steigende Tendenz aus, die erwartungsgemäß weiter anhalten wird. Daher ist es dringend geboten, die Infrastruktur kostenpflichtiger Lademöglichkeiten im entsprechenden Umfang auszubauen, auch über die vorgesehene Einrichtung von Schnellladepunkten mit hoher Leistung (> 100 kW) mit Schwerpunkt an Tankstellen hinaus, die ein diskriminierungsfreies Laden zu gleichen Konditionen für alle Besitzer\*innen von Elektrofahrzeugen ermöglichen.

Die Attraktivität von Elektrofahrzeugen hängt aus Kundensicht von der Einfachheit der Nutzung ab - das Laden der Batterie stellt also einen entscheidenden Faktor dar. Daher muss die Infrastruktur auch an die Gegebenheiten einer städtischen Bebauung angepasst werden, wie sie im Kreisgebiet vorherrscht.

## ANTRÄGE

Laut Beschluss 223/I/2020 sollen Ladesäulen künftig vorrangig aufgestellt werden auf P&R-Parkplätzen und Bahnhöfen, auf Parkplätzen, in Parkhäusern und Tiefgaragen, an Tankstellen, auf Betriebs- und Privatgeländen und auf privaten Stellplätzen. Die Einrichtung von Ladevorrichtungen ist mangels Anzahl von Flächen in diesem Sinne im Kreisgebiet lediglich eingeschränkt möglich. Daher ist zur Verdichtung der Ladesäuleninfrastruktur zur kostenpflichtigen Ladung der Elektrofahrzeugbatterie die Inanspruchnahme öffentlichen Straßenlandes im Kreisgebiet erforderlich, insbesondere durch eine dezentralisierte Nutzung bereits bestehender Stellflächen.

Für diese weiteren Standorte von Ladesäulen im Sinne des Beschlusses 223/I/2020 ist vor einer Aufstellung ausnahmslos ein Prüfkonzept zu erstellen, wie der öffentliche Raum hin zu mehr Aufenthalts- und Lebensqualität für alle entwickelt werden soll. Dabei ist das individuelle Interesse der Elektrofahrzeugnutzer an einer dezentralen wohnortnahen kostenpflichtigen Lademöglichkeit mit dem Interesse der Allgemeinheit abzuwägen, den begrenzt verfügbaren öffentlichen Raum zugunsten des Fuß-, Fahrrad- und öffentlichen Verkehrs (Umweltverbund) umzugestalten sowie durch weitere Plätze und Grünflächen die Aufenthalts- und Lebensqualität der Bürger\*innen in der Stadt zu verbessern.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11

Antrag A 02 - 21

Antragsteller: Abteilung 6 Karlshorst/Friedrichsfelde Süd

KDV Lichtenberg am 21.05.2021

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an  BVV  BA  LPT  LV  Senat  AGH  BPT  BT  PV

Abstimmungsergebnis: angenommen

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin-Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Nein zur Menstruations-Prekarität!

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin setzen sich für die Einrichtung von Damenhygiene-Artikel-Automaten in allen öffentlichen Frauentoiletten/ der Stadt ein. Dies sollte insbesondere für Schulen, Hochschulen, städtische Einrichtungen sowie Ämter mit Besucher\*innenverkehr gelten. Damenhygiene-Artikel sollten an diesen Automaten kostenfrei abgegeben werden. Alternativ sollen andere Möglichkeiten geprüft werden, Damenhygieneartikel bei Bedarf kostenfrei und diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Mit der erfolgreichen Absenkung der Mehrwertsteuer für Monatshygiene-Produkte von 19% auf 7% (seit 2020) sind wir einen wichtigen Schritt in Richtung für mehr Gleichberechtigung gegangen. Trotz dieser Steuerabsenkung bleibt es für viele Frauen weiterhin jeden Monat ein teures Anliegen. Wir wollen dem entgegenreten und fordern, dass kostenlose Binden und Tampons auf den Frauentoiletten in allen Berliner-Schulen und -Hochschulen zur Verfügung gestellt werden.

Am Berliner John-Lennon-Gymnasium ist es dies bereits dank der Initiative einer Projektgruppe aus der Schüler\*innenvertretung der Fall. Auch in Schottland wird nach Abschaffung der Steuer auf Damenhygieneartikel in Zukunft eine kostenfreie Abgabe von Hygieneartikeln eingeführt.

Die Berliner SPD sollte sich diesem Beispiel anschließen.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11  
Antrag A 03 - 21  
Antragsteller: Jusos Lichtenberg  
KDV Lichtenberg am 21.05.2021  
Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen  
Weiterleitung an  BVV  BA  LPT  LV  Senat  AGH  BPT  BT  PV  
Abstimmungsergebnis: angenommen

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Verbot der Einfuhr von Jagdtrophäen

Die bestehenden Ausnahmen zur Einfuhr von Jagdtrophäen sollen vollständig abgeschafft werden. Die SPD soll sich des Weiteren dafür einsetzen, dass die Regelungen auf EU-Ebene dementsprechend geändert werden.

Begründung:

Alleine zwischen 2004 und 2014 sind fast 10.000 Trophäen gefährdeter Tiere nach Deutschland eingeführt worden. Tiere deren Bestand gefährdet ist und bei denen Einfuhr und Handel in Deutschland und Europa strengen Regeln unterliegt. Die zuständige Behörde, das Bundesamt für Naturschutz (BfN) nutzt den Spielraum den es hat allerdings nicht aus um auch die Einfuhr von im Ausland getöteten und gefährdeten Tieren zu unterbinden.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>A 04 - 21</u>	
Antragsteller: Jusos Lichtenberg	
KDV Lichtenberg am 21.05.2021	
Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen <u>Enthaltungen</u> Stimmen	
Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Abstimmungsergebnis: angenommen	

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

B.L.O. Ateliers am Standort Rummelsburg sichern

Die SPD Lichtenberg setzt sich für den Erhalt der B.L.O.-Ateliers an ihrem aktuellen Standort in der Kaskelstraße 55 ein. Dazu fordern wir sowohl die Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg und des Bezirksamt Lichtenberg als auch die Mitglieder des Abgeordnetenhaus von Berlin auf, sich umfangreich für die Sicherung des Grundstücks als Freiraum für Kunst und Kultur einzusetzen. Dazu soll das Grundstück langfristig an den Trägerverein Lockkunst e.V. überschrieben oder mit 99-jähriger Erbbaupacht übergeben oder von Bezirks- oder Senatsverwaltung gekauft werden.

Der Mietvertrag läuft zwar aktuell noch bis zum Jahr 2024. Der Vermieter, die Deutsche Bahn AG, hat sein Angebot an den Senat, dass dieser die Fläche kaufen könne, zurückgezogen.

Diese Situation lässt nicht nur den Kunstverein Lockkunst e.V., der auf dem Gelände tätig ist, unsicher zurück, sondern bedroht auch Kunstwerke, wie beispielsweise das Birkenwäldchen des Künstlers Lukasz Surowiec, und wichtige ökologische Rückzugsräume für Wildbienen, Fledermäuse, Zauneidechsen und andere.

Es muss daher dafür Sorge getragen werden, dass ein barrierefreier Zugang zum Bahnhof Nöldnerplatz so geplant wird, dass die vom Verein genutzten Teile des Grundstücks erhalten bleiben und sie ebenfalls nicht der Baustellenorganisation zum Opfer fallen.



**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11  
Antrag A 05 - 21  
Antragsteller: Jusos Lichtenberg  
KDV Lichtenberg am 21.05.2021  
Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen  
Weiterleitung an  BVV  BA  LPT  LV  Senat  AGH  BPT  BT  PV  
Abstimmungsergebnis: angenommen

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

**Gedenkveranstaltung „Schreiben gegen das Vergessen“ in Lichtenberg etablieren**

Die sozialdemokratischen Mitglieder der BVV Lichtenberg sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Bezirksamts Lichtenberg werden dazu aufgefordert, sich für die Einführung einer, durch das Bezirksamt Lichtenberg organisierten, sich jährlich wiederholenden, Gedenkveranstaltung einzusetzen.

Grundlage dafür soll die bereits in Frankfurt am Main durchgeführte Gedenkveranstaltung „Schreiben gegen das Vergessen“ sein.

Dabei werden alle Namen, der aus Lichtenberg deportierten Jüdinnen und Juden und weitere durch das Nazi-Regime Verfolgten, von den Teilnehmer\*innen der Veranstaltung mit Kreide auf eine Straße oder einen großen Platz geschrieben.

Die Organisation liegt in den Händen des Bezirksamtes. Dazu gehört:

- das Finden eines geeigneten Termins (möglichst nicht in den Schulferien/z.B. in der Schulwoche vor dem 9. November)
- die Anmeldung der Veranstaltung
- Bereitstellung der benötigten Materialien, wie z.B. die Kreide
- Die Namen der deportierten Jüdinnen und Juden und weiteren Verfolgten zu recherchieren und in geeigneter Form aufzubereiten und bereitzustellen

## ANTRÄGE

- Bewerbung und Mobilisierung der Veranstaltung explizit bei Schulen im Bezirk

Die Veranstaltung soll für alle zugänglich sein. Bei der Vorbereitung sollen aktiv Schulen eingeladen werden, an der Veranstaltung teilzunehmen.

Sie sollen andere Formen des Gedenkens wie beispielsweise die bezirkliche Gedenkveranstaltung am 27. Januar oder Stolpersteinputzaktionen nicht ersetzen, sondern sinnvoll ergänzen.

Begründung:

Vor allem die jüngeren Generationen, die in Zukunft ohne jegliche Zeitzeugen aufwachsen werden, wissen oft wenig oder gar nichts über den Holocaust. Bei einer Umfrage von CNN gaben rund 40% der Befragten zwischen 18 und 34 an „wenig“ oder „gar nichts“ darüber zu wissen (ZEIT).

Es liegt aber in der Verantwortung Deutschlands, dass das Gedenken an die Shoah wachgehalten wird. „Schreiben gegen das Vergessen“ verdeutlicht auf der einen Seite, dass die damals Deportierten aus der Mitte unseres Bezirkes und damit aus der Mitte unserer Gesellschaft kamen. Auf der anderen Seite zeigt es Demut und Respekt vor den Toten, wenn man auf den Knien die Namen der Deportierten und Ermordeten niederschreibt.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11

Antrag A 06 - 21

Antragsteller: Jusos Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 21.05.2021

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an  BVV  BA  LPT  LV  Senat  AGH  BPT  BT  PV

Abstimmungsergebnis: angenommen

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Exit Deutschland muss erhalten werden

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für eine ausreichende und langfristige Finanzierung von EXIT Deutschland über die aktuelle Förderperiode hinaus einzusetzen.

Begründung:

EXIT Deutschland als erfolgreichste Aussteiger\*innen Initiative im Bereich Rechtsextremismus ist erneut bedroht seine Arbeit nicht fortsetzen zu können. Grund hierfür ist, dass in der Neuauflage des "Demokratie Leben" Programms des BMFSFJ keine Gelder für Aussteiger\*innen Programme vorgesehen sind.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>A 07 - 21</u>	
Antragsteller: Jusos Lichtenberg	
KDV Lichtenberg am 21.05.2021	
Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen <u>Enthaltungen</u> Stimmen	
Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Abstimmungsergebnis: angenommen	

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Bauen für eine lebenswerte Zukunft

Die gewählten sozialdemokratischen Vertreter\*innen im Land und im Bund werden aufgefordert, sich für eine Wende in der Baupolitik einzusetzen sowieso einen Zeitplan zu erarbeiten und vorzustellen, bis wann die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden. Dabei sollte folgendes berücksichtigt werden:

- Alle Umweltfolgekosten im Marktpreis von Baumaterialien, also die gesamte Umweltbilanz. Das bedeutet, dass bei der Bepreisung der CO<sub>2</sub>-Wert, der Energie- und Wasserverbrauch, die Rohstoffgewinnung, Produktion, Transport und Wiederverwertbarkeit bzw. der Entsorgungsaufwand berücksichtigt wird.
- Die Graue Energie bei der Förderung, der Kreditvergabe und Gebäude-Zertifizierungen. Die Graue Energie ist der energetische Gesamtaufwand für den Bau eines Gebäudes.
- Es soll nur gebaut werden, wenn die verwendeten Materialien auch kreislaufgerecht rückgebaut und verbaut werden. Sie sollen nach dem Abriss wiederverwendet werden können. Abriss soll nur noch möglich sein, wenn er sozial- und klimanotwendig ist.

## ANTRÄGE

Begründung:

Gebäude sind für die Zukunft gedacht. Wir schaffen mit ihnen die Fundamente für das Leben zukünftiger Generationen. Aber die Baubranche ist für einen erheblichen Anteil des Energieverbrauchs verantwortlich und trägt zur Klimaerwärmung bei. Es werden große Mengen an Rohstoffen der Natur entnommen und es entstehen Abfälle. Weltweit ist der Bausektor für fast 40% der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. In Deutschland verursachen der Bau und der Betrieb von Gebäuden ca. 40% der CO<sub>2</sub>-Emissionen und verbrauchen 90% der mineralischen, nicht nachwachsenden Rohstoffe in der Baustoffproduktion. Das muss sich ändern.

Die Emissionen aus der Herstellung von Baumaterialien (graue Emissionen) und der zugehörige Energieverbrauch (graue Energie) sind beim Neubau entscheidende Stellschrauben für den Klimaschutz. Die graue Energie umfasst die Energie zum Gewinnen von Materialien, zum Herstellen und Verarbeiten von Bauteilen, zum Transport von Menschen, Maschinen, Bauteilen und Materialien zur Baustelle, zum Einbau von Bauteilen im Gebäude sowie zur Entsorgung. Bei einem Neubau (KfW 55) macht die graue Energie ca. 50% des Energieverbrauchs im Lebenszyklus des Gebäudes aus. Bisher beziehen sich das Gebäude-Energie-Gesetz und die KfW-Förderung nur auf die Nutzungsphase eines Gebäudes, dadurch wird der wichtige Teil der grauen Energie und der grauen Emissionen ignoriert. Wird bspw. der Holzrahmenbau angewendet, können die grauen Emissionen um 45% gemindert werden und die Mehrkosten liegen im unteren einstelligen Prozentbereich.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>A 08 - 21</u>	
Antragsteller: Jusos Lichtenberg	
KDV Lichtenberg am 21.05.2021	
Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen <u>Enthaltungen</u> Stimmen	
Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Abstimmungsergebnis: angenommen	

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Aufarbeitung der NS Vergangenheit der Berliner Verwaltung in West und Ost nach 45 durch Historiker\*innen

Wir fordern die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Abgeordnetenhaus auf sich für eine unabhängige Historiker\*innen Kommission einzusetzen, welche die Vergangenheit der in Berlin (West) sowie in Berlin (Ost) beschäftigten Personen erforscht, die u.a. in Justiz, Polizei und in den öffentlichen Verwaltungen gearbeitet haben. Ziel der Kommission soll sein festzustellen inwiefern diese Personen sich an nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt haben.

Begründung:

Nach der Befreiung 1945 und der danach folgenden Wiederaufnahme der Tätigkeit der Verwaltung, brauchte es auch in Berlin Personal, welches in der Verwaltung erfahren war. Dieses Personal wurde vornehmlich aus der bis 8. Mai 1945 existierenden Verwaltung rekrutiert. Damit ist aber auch davon auszugehen, dass Personen, die sich an nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt haben in den Verwaltungen von West- und Ost Berlin arbeiteten.

Ähnlich wie auch beispielsweise das Bundesjustizministerium oder das Auswärtige Amt soll nun auch für die Verwaltungen von Ost und West Berlin geklärt werden welche belasteten Personen nach 1945 hier arbeiteten und falls es Anhaltspunkte dafür gibt, inwiefern ihre Tätigkeit durch ihre Verstrickung in die NS Verbrechen beeinflusst waren.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>A 09 - 21</u>	
Antragsteller: Jusos Lichtenberg	
KDV Lichtenberg am 21.05.2021	
Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen <u>Enthaltungen</u> Stimmen	
Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Abstimmungsergebnis: angenommen	

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Kompetenz der Fachausschüsse nutzen

Die Berliner SPD wird in (Wahl-)Programmverfahren zukünftig eine\*n Vertreter\*in je Fachausschuss in die verschiedenen Arbeitsgruppen zur Erstellung dieser Programme berufen.

Begründung:

Die Berliner SPD leistet sich eine Vielzahl an Fachausschüssen, die mit sozialdemokratischer Kompetenz in ihrem Thema besetzt sind. In vergangenen und aktuellen Wahlprogrammprozessen wird diese nicht genutzt und stattdessen auf externe Stellen zurückgegriffen. Dies widerspricht nicht nur dem Prinzip, dass Fachausschüsse gerade auf Landesebene existieren um den Landesvorstand strategisch zu beraten, sondern führt auch zur Sinnfrage und Frustration der Mitglieder dieser Fachausschüsse.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11  
Antrag A 10 - 21  
Antragsteller: Abteilung 4 Alt-Lichtenberg  
KDV Lichtenberg am 21.05.2021  
Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen  
Weiterleitung an  BVV  BA  LPT  LV  Senat  AGH  BPT  BT  PV  
Abstimmungsergebnis: angenommen

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

In der gesamten Rüdigerstraße eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30km/h einführen

Es wird festgestellt:

Die Rüdigerstraße ist eine Straße in Alt-Lichtenberg mit hohem Verkehrsaufkommen, insbesondere in dem Bereich, der von der Schott- und der Siegfriedstraße begrenzt wird. In diesem genannten Bereich gilt in der Rüdigerstraße tagsüber das Tempolimit 50km/h, ansonsten ist sie eine 30km/h-Zone.

Es wird gefordert:

Die SPD-Fraktion der BVV wird dazu aufgefordert sich beim Bezirksamt Lichtenberg für eine generelle Einführung von Tempo 30 in der gesamten Rüdigerstraße einzusetzen.

Begründung:

In dem beschriebenen Abschnitt der Rüdigerstraße sprechen viele Gründe für eine

Geschwindigkeitsbegrenzung bei 30km/h. Trotzdem besteht in dem oben genannten Abschnitt bislang ein solches Tempolimit ausschließlich zwischen 22 und 6 Uhr mit dem Hinweis auf Lärmschutz.

Eine Festschreibung der Geschwindigkeitsbegrenzung bei 30km/h ohne zeitliche Einschränkung in der gesamten Rüdigerstraße würde an dieser zentralen Straße für eine höhere Verkehrssicherheit sorgen, ganztägig den Lärm verringern, zur Luftreinhaltung beitragen und Fuß- und Radverkehr fördern.

Diese positiven Auswirkungen von Tempo 30 im Stadtverkehr sind wissenschaftlich belegbar und auch die Berliner Senatsverwaltung erkennt an, dass eine aus dem Tempolimit resultierende sicherere, leisere und saubere Stadt lebenswerter für alle ist.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> <https://www.berlin.de/hauptstadtluft/luftverbesserung/tempo-30/artikel.746139.php> (Zugriff am 16.04.2021).



## **ANTRÄGE**

Am Freiaplatz, direkt an der Rüdigerstraße liegt ein Spielplatz. In der direkten Umgebung der stark befahrenen Straße befindet sich die „Grundschule auf dem lichten Berg“ und eine Werkstatt für behinderte Menschen. Auch das Seniorenpflegeheim Domicil in der Gotlindestraße und das Sana Klinikum Lichtenberg liegen in der näheren Umgebung. Alle diese Einrichtungen verbindet, dass sie von Menschen genutzt werden, denen im Straßenverkehr besonderer Schutz zusteht: Kinder, ältere Menschen, Verletzte, Menschen mit Behinderung. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung in der gesamten Rüdigerstraße würde erheblich zum Schutz dieser Gruppen beitragen aber auch zur höheren Verkehrssicherheit für alle.

Die Rüdigerstraße ist umgeben von Wohnungen. Das derzeitige Verkehrsaufkommen verursacht einen hohen Lärmpegel – auch durch den Linienverkehr von Bussen – und eine hohe Luftverschmutzung. Ein Tempolimit würde diesen Umweltbelastungen entgegenwirken und die Lebensqualität von Anwohnerinnen und Anwohnern erhöhen.

**ANTRÄGE**

## 2. Überwiesene Anträge

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg		Kreis 11	
Antrag	<u>A 06 – 20</u>		
Antragsteller:	Jusos Lichtenberg		
KDV Lichtenberg am	20.09.2020		
Beschluss KDV	<u>Ja</u>	<u>Stimmen</u>	<u>Nein</u> <u>Stimmen</u> <u>Enthaltungen</u> <u>Stimmen</u>
Weiterleitung an	<input type="checkbox"/> BVV	<input type="checkbox"/> BA	<input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV
Abstimmungsergebnis: Überweisung an AK Gesundheit und Soziales			

Die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Finanzinvestoren raus aus der Gesundheits- und Pflegebranche

Die SPD und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen und den rechtlichen Rahmen zu schaffen, dass Ärzt\*innenpraxen, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser nicht von Finanzinvestoren gekauft werden dürfen. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss dahingehend gestärkt werden, dass Kommunen und Genossenschaften in die Lage versetzt werden, die Versorgung sicherzustellen. Außerdem soll ein Transparenzregister für alle medizinischen Versorgungszentren (MVZ) eingerichtet werden.

Begründung:

Immer mehr Ärzt\*innen verkaufen ihre Ärzt\*innensitze an Finanzinvestor\*innen. Dabei erzielen sie meist deutlich höhere Gewinne als bei einem Verkauf an andere Ärzt\*innen. Direkt können die Investor\*innen keine Praxen kaufen. Aber indirekt ist es ihnen möglich, indem sie zuerst ein Krankenhaus kaufen, welches dann als Träger dient. Eine große Rolle spielen dabei Private-Equity-Gesellschaften. Diese kaufen Unternehmen im Gesundheitssektor und verkaufen sie dann nach wenigen Jahren wieder mit möglichst großem Gewinn. Die aufgekauften Praxen werden dann zu sog. Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zusammengefasst. 2018 gab es fast 3200 solcher Fachärzt\*innenzentren mit 18.000 angestellten Ärzt\*innen. Die 2003 von der SPD ermöglichte Öffnung medizinischer Versorgung für Finanzspekulationen muss rückgängig gemacht werden.

Nun ist nicht alles schlecht an den Medizinischen Versorgungszentren. Finden sich Praxen zu einem Verbund zusammen, so können Verwaltungsaufgaben an zentraler Stelle bearbeitet werden und nicht jede\*r Ärzt\*innen muss sich mehr einzeln darum kümmern und hat mehr Zeit für Patient\*innen. Für die Versorgung in ländlichen oder strukturschwachen Räumen nicht schlecht. Es zeigt sich aber, dass MVZ eher in urbanen Gebieten entstehen.

## **ANTRÄGE**

Der Mensch ist hier die Ressource, aus der Geld in einem Dreiecksverhältnis verdient wird: Kranke/Pflegebedürftige, Ärzt\*innen/Pflegende und die Krankenkassen. Letztere zahlen das Ganze. Krankenkassen können nicht wirklich nachprüfen, ob die abgerechneten Leistungen tatsächlich notwendig waren oder überhaupt erbracht worden.

Im Pflegesektor zeigt sich eine ähnliche Situation, dass die Privatisierungswelle immer größer wird. Darunter leidet die Qualität.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>A 29 - 19</u>	
Antragsteller: AK Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	
KDV Lichtenberg am 21.09.2019	
Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen <u>Enthaltungen</u> Stimmen	
Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Abstimmungsergebnis: Überweisung an AK Stadtentwicklung	

Die Stadt den Menschen, die dort wohnen

Eine sozialdemokratische Stadtentwicklungspolitik für Lichtenberg und Berlin muss sich vor allem an einem ausrichten: an den Bedürfnissen der Menschen, die hier wohnen - und auch an denen derer, die in Zukunft hierherziehen werden.

Stadtentwicklungspolitik darf sich aber nicht nur an Bevölkerungsprognosen orientieren. Auch in einer wachsenden Stadt müssen Nachbarschaften bewahrt und Grün- und Freiflächen sowie Kleingärten erhalten bleiben. Das Aussehen der Lichtenberger Ortsteile darf nicht den vermeintlichen Notwendigkeiten einer wachsenden Stadt geopfert werden. Stadtentwicklung bedeutet nicht nur, Neues zu bauen, sondern Bestehendes zu erhalten und behutsam zu entwickeln.

Wir wollen eine Stadtentwicklungspolitik, die die Menschen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellt.

Wir wollen die Mobilität aller Menschen gewährleisten - langfristig so, dass niemand auf ein eigenes Auto angewiesen ist und diejenigen, die darauf angewiesen sind, es weiter ohne Nachteile nutzen können.

Wir wollen, dass alle Menschen, so lange sie wollen, in ihrem angestammten Wohnumfeld leben können - ohne Angst vor Verdrängung oder davor, im Alter umziehen zu müssen, weil ihre Wohnung nicht barrierefrei ist.

### Bauen in Nachbarschaften UND Entwicklung von neuen Quartieren

Wir wollen den Neubau von Wohnungen und Infrastruktur so organisieren, dass bestehende Nachbarschaften erhalten und behutsam entwickelt werden. Der Neubau darf sich nicht nur an den Erfordernissen einer wachsenden Stadt richten, sondern muss auch die Bedürfnisse von bereits bestehenden Nachbarschaften sinnvoll ergänzen. Neubau in bestehenden Nachbarschaften soll grundsätzlich nur noch auf brach liegenden bzw. bereits versiegelten Flächen, als Dachgeschossausbau bzw. Aufstockung und im Dialog mit den Anwohnerinnen und Anwohnern

## ANTRÄGE

stattfinden. Die Ergänzung von notwendiger Infrastruktur hat dabei Vorrang vor Wohnungsneubau, wenn absehbar ist, dass ergänzender Wohnungsbau zu Engpässen bei der bestehenden Infrastruktur führen wird.

Die Fokussierung auf ergänzendes Bauen in Nachbarschaften ("Verdichtung") und innerstädtischen Brachen ist zu einseitig an den Erfordernissen der wachsenden Stadt orientiert. Künftig muss es auch in Lichtenberg verstärkt darum gehen, bislang unbebaute Flächen außerhalb von bestehenden Nachbarschaften für die Entwicklung von neuen Stadtquartieren zu gewinnen. Dafür müssen durch den Bezirk die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Entwicklung neuer Stadtquartiere muss unter enger Einbeziehung der umliegenden Bevölkerung erfolgen.

Eine aktive Wohnungsbaupolitik darf sich nicht auf den Neubau beschränken. Die Entwicklung im Bestand, insbesondere die Verbesserung der Barrierefreiheit, ist ebenso nötig, insbesondere um älteren Menschen ein möglichst langes Leben im vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sind hier in besonderer Verantwortung.

### Mieterrechte stärken, Vorkauf erleichtern

Mietrecht ist Bundesrecht. Wir setzen uns dennoch dafür ein, dass Mieter\*innen besser vor Verdrängung geschützt und das kommunale Vorkaufsrecht gestärkt wird. Dazu muss die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt verboten werden. Die Fristen zur Ausübung des kommunalen Vorkaufsrechts müssen verlängert werden.

Das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung muss so weiterentwickelt werden, dass nicht nur der Anteil an mietpreis- und belegungsgebundenen, sondern darüber hinaus ein Anteil an Mietwohnungen festgeschrieben wird. Dieser soll mindestens 75 Prozent der insgesamt geplanten Wohnungen betragen. Damit sollen Modelle wie in der geplanten Parkstadt Karlshorst, in der 750 Eigentumswohnungen neben 250 mietpreis- und belegungsgebundenen Mietwohnungen entstehen, verhindert werden. Es ist uns ein zentrales Anliegen, dass weiterhin Mietwohnungen für breite Bevölkerungsschichten entstehen und nicht hochpreisige Eigentumswohnungen auf der einen und ausschließlich geförderte Mietwohnungen auf der anderen Seite.

### Verkehrswende nicht zulasten der Menschen

Wir unterstützen die Verkehrswende. Sie darf aber nicht dazu führen, dass Menschen in ihrer Mobilität eingeschränkt werden. Eine Verkehrspolitik, die den motorisierten Individualverkehr einschränkt, ist notwendig. Sie kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn bereits zuvor die Angebote des ÖPNV und der Sharing Mobility sowie die Voraussetzungen für Radfahrende und zu Fuß gehende flächendeckend, also auch außerhalb des S-Bahn-Rings, verbessert worden sind. Nur wenn die Voraussetzung für eine verlässliche, bezahlbare und sichere Mobilität jenseits

## ANTRÄGE

des eigenen Autos existieren, können Menschen dazu bewegt werden, auf ein eigenes Auto zu verzichten.

Deswegen wollen wir, dass die Takte auf bereits bestehenden Linien verbessert werden. Dort, wo neue Wohngebiete entstehen bzw. bereits entstanden sind, muss die ÖPNV-Anbindung zünftig, bei Neubauvorhaben bereits im Vorfeld, an die gestiegene Bevölkerung angepasst werden.

Wir wollen, dass durch den Senat rasch Planungen für den Bau von U-Bahn-Linien nach Hohenschönhausen und entlang der Landsberger Allee sowie für den Bau der Nahverkehrstangente zwischen Karow und dem Flughafen BER aufgenommen bzw. diese beschleunigt werden. Der Bau der seit langem geplanten U-Bahn-Linien kann die bereits jetzt an ihrer Kapazitätsgrenze operierenden Straßenbahnlinien M4, M5, M6 und M8 entlasten. Durch die Nahverkehrstangente würde sich die ÖPNV-Anbindung von großen Teilen des Bezirks (Hohenschönhausen, Friedrichsfelde, Karlshorst) entscheidend verbessern.

Zu einer wirklichen Verkehrswende gehört auch eine Diskussion über den Weiterbau der Stadtautobahn A100. Als Teil einer Koalition, die sich die Verkehrswende auf die Fahnen geschrieben hat, können wir nicht zugleich an einem Weiterbau der A100 über den Treptower Park hinaus festhalten. Die Stadtautobahn ist ein Symbol einer überholten Verkehrspolitik, die den motorisierten Individualverkehr in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen stattdessen eine Diskussion darüber führen, wie eine Verbesserung der Verkehrsanbindung in den betroffenen Bezirken ohne die A100 erreicht werden und wie die so frei werdenden Flächen sinnvoll für eine behutsame Stadtentwicklung genutzt werden können. Unser Ziel ist es, dass die Berliner SPD mit einem klaren Bekenntnis zum Nicht-Weiterbau der A100 in die Abgeordnetenhauswahl 2021 geht.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11

Antrag A 26 - 19

Antragsteller: Abteilung 5 Friedrichsfeld-Rummelsburg

KDV Lichtenberg am 21.09.2019

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an  BVV  BA  LPT  LV  Senat  AGH  BPT  BT  PV

Abstimmungsergebnis: Überweisung an AK Stadtentwicklung

Die KDV Lichtenberg möge beschließen:

Stadtentwicklung for the many, not the few - Leitlinien einer sozial nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik für Lichtenberg zeichnen

Die SPD Lichtenberg sieht eine große Verantwortung in der Entwicklung unseres Bezirks zu einem familienfreundlichen Wohn- und Dienstleistungsstandort. Wir möchten die Gestaltung dabei mit

einer klar erkennbaren, sozial nachhaltigen Linie für alle Bürger\*innen der Stadt nutzbar umsetzen. Die Stadtentwicklungspolitik, hinter der wir stehen, wollen wir auch im Bezirk sichtbar machen.

Berlin und damit verbunden Lichtenberg hat sich wie kaum eine andere europäische Metropole gewandelt. Viele Brachen, die nach dem Mauerfall oftmals im Osten der Stadt und entlang der Spree frei lagen, konnten inzwischen genutzt werden, um den lange Zeit klammen Haushalt der Hauptstadt und ihr internationales Ansehen zu regenerieren. So wuchs die Stadt über die vergangenen Jahrzehnte zu einem der beliebtesten Tourismusziele Europas. Nicht unwesentlich dazu beigetragen haben die vielfältigen subkulturellen Projekte und Initiativen aller Bürger\*innen, die von den Bewohner\*innen auf brachliegenden oder ungenutzten Flächen aufgebaut wurden und damit für alle nutzbar machten, noch bevor die Verwaltung ihnen ihre eigentliche Bestimmung nach den Wendewirren zuweisen konnte. Während es bis vor einigen Jahren noch nachvollziehbar war, finanzstarke Investoren für das als „arm aber sexy“ geltende Berlin zu werben, wurden die selbstverwalteten Projekte immer weiter an den Stadtrand gedrängt und die Berlin charismatisch machende Vielfalt gerät immer mehr in Bedrängnis.

Neben der Verdrängung und dem Verschwinden der Projekte, die Berlin international bekannt gemacht haben, steht der stark wachsende Bedarf an Wohnraum. Um diesen zur Verfügung zu stellen, dürfen aber nicht nur Lücken schnell gestopft werden. Wir müssen Gebiete schaffen, die bis weit in die Zukunft Bestand haben. Wir erkennen, dass der zeitliche Druck nicht der alles bestimmende Faktor sein darf.

## ANTRÄGE

Daher stellen wir die folgenden Leitlinien für unser politisches Handeln auf. Diese Punkte sollen für konkrete Standorte in Lichtenberg ausgearbeitet und in unserer politischen Arbeit beworben werden, um sie mit den nötigen Mehrheiten umsetzen zu können.

### *Konfliktlinien zwischen Tourismus, Gewerbe und Kultur auflösen*

Wir wollen, dass Lichtenberg weiterhin ein beliebter Ort zum Erleben, Verweilen und Entspannen bleibt. Anziehungsmagnete sollen aber keine weiteren Großprojekte, sondern die Mischung aus vielen, kleineren Kiezoriginalen sein. Berlin hat in und um Lichtenberg genügend der großen sogenannten Tourismusleuchttürme (z.B. East Side Gallery, Gärten der Welt, Tierpark und in Zukunft Coral World), der Bedarf an Attraktionen ist gesättigt. Mit kiezbezogenen Kultur- und Tourismusangeboten ermöglichen wir eine Teilhabe vieler, denn: Ohne teure Eintrittspreise, deren Gewinne meist in Großunternehmen oder die Stadtkasse fließen, wird auch für finanziell schwächere Tourist\*innen das Erlebnisangebot unseres Bezirkes breiter, während parallel Kleinunternehmen und lokale Kunst- und Kulturtreibende profitieren.

Umgesetzt haben wir diese Leitlinie bereits in der Herzbergstraße, wo im Gewerbegebiet Verdrängung durch Kunstgroßausstellungen unterbunden wird und mit unserem geplanten Kunst- und Kulturhaus in Hohenschönhausen werden wir eine alternative Möglichkeit schaffen, Kunst für alle dort umzusetzen, wo Kulturinvestition sozial verträglich sinnvoll umsetzbar ist.

Außer für Kunstschaffende ist Lichtenberg auch Zufluchtsort für Musiker\*innen und Clubbetreiber\*innen geworden, zum Beispiel im Club Polygon oder im Berliner Rockhaus. Hier gilt ebenso, dass Orte, die eine vielfältige Kultur leben und Rückzugsräume für Personen, die Schutz vor Diskriminierung benötigen, darstellen, geschützt werden. Projekte, die feministische und inklusive Konzepte vorantragen, dürfen nicht verschwinden, so dass wir uns dafür einsetzen wollen, Orte zu finden, wo sie ohne Konflikte zur Nachbarschaft weiterhin Freiräume bleiben können.

### *Bebauung von Freiflächen und Innenhöfen*

Wir wollen, dass in Lichtenberg die Bebauung von Freiflächen und Innenhöfen mit bestimmten Bedingungen verbunden wird. Leitlinie soll dabei der Erhalt oder die Schaffung von Begegnungszonen sein. Gerade in schon dicht besiedelten Gebieten ist ein alleiniger Fokus auf Wohnungen nicht zielführend, um eine gute Lebensqualität der Bewohner\*innen zu erhalten. Die Priorität sollte dort im Bau von sozialer Infrastruktur oder Kulturangeboten liegen. Wenn Innenhöfe bebaut werden, nehmen wir den Leuten eine Möglichkeit sich unvoreingenommen begegnen zu können – Nachbarschaften finden im Stadtraum häufig über Straßenecken und Wohngesellschaften hinaus statt. Bei Bebauung müssen wir dafür Ersatz schaffen, indem bspw. in den unteren Etagen, eine Jugendfreizeiteinrichtung, eine Kita, ein Stadtteilzentrum oder andere Räume für bürgerliches Engagement geschaffen werden. Zudem muss die Begrünung von Außenfassaden und Dächern verpflichtend werden, damit der Klimakrise einhalten geboten werden kann und weniger Grün durch Bebauung verschwindet. Sollen auf einem Dach Solarmodule montiert werden, ist die Begrünung der Außenfassade zu forcieren.

### *Berliner Mieten*



## ANTRÄGE

Unser Wohnraum muss bezahlbar bleiben. Der Mietendeckel ist eines der richtigen Instrumente, um das zu erreichen. Als SPD Lichtenberg wollen wir, dass die Unterstützung des Mietendeckels nicht nur Lippenbekenntnis bleibt, sondern diesen vor allem in unserem Bezirk bekanntmachen, beispielsweise durch darauf bezogene Verteil- oder Steckaktionen.

In der Diskussion zur Enteignung von Immobilien schließen wir die Möglichkeit zur Anwendung von Artikel 14 bzw. Artikel 15 nicht aus. Dafür in Frage kommen Immobilien dort, wo ein möglicherweise erfolgreiches Verfahren in Kosten und Zeit im Verhältnis zur gewonnenen Mietstabilisierung steht.

### *Vernetzung genossenschaftlicher Initiativen und Wohnprojekte vor Ort*

Wir wollen, dass alternative Wohnprojekte und -konzepte, wie zum Beispiel der Zusammenschluss eines Kollektivs, das ein Mietshaus als Eigentümerkollektiv übernimmt, gefördert werden und nicht als schlechtere Investoren abgetan werden. Hierfür bieten sich rechtlich verschiedene Optionen wie etwa die Gründung von Genossenschaften an, welche wir den Möglichkeiten nach ebenfalls fördern wollen. Um einen weiteren Blick auf moderne, soziale und ökologische Formen des Zusammenwohnens und Zusammenwirtschaftens zu gewinnen, müssen wir vermehrt in den Austausch mit bereits bestehenden Projekten in Lichtenberg gehen, wie beispielsweise La Vida Verde, Hausprojekt Wönnichstr. 103 oder unterstützenden Organisationen wie dem Miethäuser Syndikat.

### *Bürger\*innenbeteiligung*

Die bisherigen Bestimmungen zu Bürger\*innenbeteiligung bei großen Bauprojekten und der Erstellung von Rahmenplänen sind gut, aber keinesfalls ausreichend. Gerade in langgezogenen Planungsvorhaben zeigt sich, dass in einer Stadt, die sich parallel zu ihrer Bevölkerungsstruktur ebenso rasant verändert, keine Legitimation mehr aus ggf. lang zurückliegenden Beteiligungsverfahren gewonnen werden kann. Dasselbe gilt bei besonders komplexen Bauvorhaben, in denen bei einer hohen Anzahl an Einbringungen durch die Bürger\*innen im Verhältnis viele nicht umgesetzt werden, da kein Expertenwissen, in Belangen dessen was baulich oder planerisch überhaupt umgesetzt werden kann, vorausgesetzt werden kann. Der daraus entstehende Eindruck der Bevölkerung, sie könnten keinen Einfluss nehmen, muss ernst genommen werden. Auch außerhalb von vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren oder Wahlkampfzeiten müssen wir uns als Ansprechpartner\*innen für die Belange von direkt und indirekt Betroffenen oder für Ideengeber\*innen sehen. Dazu können wir nicht weiter abwarten, bis Bürger\*innen sich auf uns zu bewegen, sondern aktiv durch angemessene Veranstaltungen den Dialog über Bauvorhaben suchen, die Kontakt zwischen Expert\*innen und Bürger\*innen herstellen und den Dialog zwischen den Beteiligten moderieren.

Dies kann durch Veranstaltungen wie Runden Tischen, Fraktion vor Ort oder Fishbowl-Diskussionen geführt werden und ist entsprechend im Vorfeld mit Steck- und Straßenaktionen zu bewerben. Wenn wir Veranstaltungen der verschiedenen Initiativen zu Bauvorhaben besuchen, vergrößert der Besuch dieser Veranstaltungen durch Genoss\*innen die Anerkennung, die wir ihren Problemen beimessen. In parteifremden und überparteilichen Strukturen mit zu diskutie-

## **ANTRÄGE**

ren, erweitert unseren Zugang zu möglichen Problematiken oder von Bürger\*innen als schwierig empfundenen Situationen. Aus den Evaluationen der Dialogveranstaltungen können so Punkte für unsere parteipolitische Arbeit gewonnen werden, die über ein Kredo „Bauen, Bauen, Bauen“ hinaus gehen.

## ANTRÄGE

Beschlussempfehlung des AK Stadtentwicklung, Wohnung und Verkehr zu den Anträgen A 29 – 19 und A 26 - 19

Die KDV Lichtenberg möge beschließen:

Die Stadt den Menschen, die dort wohnen

Die SPD Lichtenberg sieht eine große Verantwortung in der Entwicklung unseres Bezirks zu einem familienfreundlichen Wohn-, Gewerbe- und Kulturstandort. Wir möchten die Gestaltung dabei mit einer klar erkennbaren, sozial nachhaltigen Linie für alle Bürger\*innen der Stadt nutzbar umsetzen. Die Stadtentwicklungspolitik, hinter der wir stehen, wollen wir auch im Bezirk sichtbar machen.

Eine sozialdemokratische Stadtentwicklungspolitik für Lichtenberg und Berlin muss sich vor allem an einem ausrichten: an den Bedürfnissen der Menschen, die hier wohnen - und auch an denen derer, die in Zukunft hierherziehen werden. Stadtentwicklungspolitik darf sich aber nicht nur an statistischen Bevölkerungsprognosen orientieren. Auch in einer wachsenden Stadt müssen Nachbarschaften bewahrt und Grün- und Freiflächen sowie Kleingärten erhalten bleiben. Das Aussehen der Lichtenberger Ortsteile darf nicht den vermeintlichen Notwendigkeiten einer wachsenden Stadt geopfert werden. Stadtentwicklung bedeutet nicht nur, Neues zu bauen, sondern Bestehendes zu erhalten und behutsam zu entwickeln. Wir wollen eine Stadtentwicklungspolitik, die die Menschen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellt. Wir wollen die Mobilität aller Menschen gewährleisten – langfristig so, dass niemand auf ein eigenes Auto angewiesen ist und diejenigen, die darauf angewiesen bleiben, es weiter ohne Nachteile nutzen können.

Wir wollen, dass alle Menschen, solange sie wollen, in ihrem angestammten Wohnumfeld leben können - ohne Angst vor Verdrängung oder davor, im Alter umziehen zu müssen, weil ihre Wohnung nicht barrierefrei ist.

### Ökologisch sozialverträgliche Bebauung von Freiflächen und Innenhöfen

Wir wollen den Neubau von Wohnungen und Infrastruktur so organisieren, dass bestehende Nachbarschaften erhalten und behutsam entwickelt werden. Die Ergänzung von notwendiger Infrastruktur hat dabei Vorrang vor Wohnungsneubau, wenn absehbar ist, dass ergänzender Wohnungsbau zu Engpässen bei der bestehenden Infrastruktur führen wird.

Wir wollen außerdem, dass in Lichtenberg die Bebauung von Freiflächen und Innenhöfen mit bestimmten Bedingungen verbunden wird. Leitlinie soll dabei der Erhalt oder die Schaffung von Begegnungszonen sein sowie die Fokussierung gezielter Bepflanzungen in allen Bauvorhaben

## ANTRÄGE

in der zukünftigen Stadt- und Verkehrsplanung, um auch gegen die Auswirkungen des Klimawandels besser gewappnet zu sein. Wenn Innenhöfe bebaut werden, nehmen wir den Leuten eine Möglichkeit sich unvoreingenommen begegnen zu können – Nachbarschaften finden im Stadtraum häufig über Straßenecken und Wohngesellschaften hinaus statt. Im Falle einer Wohnbebauung müssen wir dafür Ersatz schaffen, indem bspw. in den unteren Etagen, eine Jugendfreizeiteinrichtung, eine Kita, ein Stadtteilzentrum oder andere Räume für bürgerliches Engagement geschaffen werden. Zudem muss die Begrünung von Außenfassaden und Dächern verpflichtend werden, damit der Klimakrise einhalten geboten werden kann und weniger Grün durch Bebauung verschwindet. Sollen auf einem Dach Solarmodule montiert werden, ist die Begrünung der Außenfassade zu forcieren. Denn für ein erfolgreiches Aufhalten der Klimakrise bedarf es gleichwertig sowohl der verstärkten Begrünung von Dächern und Außenfassaden als auch dem Ausbau von Solaranlagen. Außerdem muss bei Grundstücken, die einen Zugang zu Wasserflächen haben, dieser auch nach der Bebauung zur Nutzung für die Öffentlichkeit erhalten bleiben.

Eine aktive Wohnungsbaupolitik darf sich nicht auf den Neubau beschränken. Die Entwicklung im Bestand, insbesondere die Verbesserung der Barrierefreiheit, ist ebenso nötig, insbesondere um älteren Menschen ein möglichst langes Leben im vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sind hier in besonderer Verantwortung.

### Mieterrechte stärken, Vorkauf erleichtern, Vergesellschaftung prüfen

Mietrecht ist Bundesrecht. Wir setzen uns dennoch dafür ein, dass Mieter\*innen besser vor Verdrängung geschützt und das kommunale Vorkaufsrecht gestärkt wird. Dazu muss die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt verboten werden. Die Fristen zur Ausübung des kommunalen Vorkaufsrechts müssen verlängert werden. Das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung muss so weiterentwickelt werden, dass nicht nur der Anteil an mietpreis- und belegungsgebundenen, sondern darüber hinaus ein Anteil an Mietwohnungen festgeschrieben wird. Dieser soll mindestens 75 Prozent der insgesamt geplanten Wohnungen betragen. Es ist uns ein zentrales Anliegen, dass weiterhin Mietwohnungen für breite Bevölkerungsschichten entstehen und nicht hochpreisige Eigentumswohnungen auf der einen und ausschließlich geförderte Mietwohnungen auf der anderen Seite.

Neben dem Neubau von Wohnungen ist der Mietendeckel ein eines der wichtigsten Instrumente, damit Wohnraum bezahlbar bleibt. Als SPD Lichtenberg wollen wir, dass die Unterstützung des Mietendeckels nicht nur Lippenbekenntnis bleibt, sondern diesen vor allem in unserem Bezirk bekannt machen.

In der Diskussion zur Vergesellschaftung von Immobilien schließen wir die Möglichkeit zur

## ANTRÄGE

Anwendung von Artikel 14 bzw. Artikel 15 GG nicht aus. Dafür in Frage kommen Immobilien dort, wo ein möglicherweise erfolgreiches Verfahren in Kosten und Zeit im Verhältnis zur gewonnen Mietstabilisierung steht.

### Stadtentwicklung for the many

Berlin und damit verbunden Lichtenberg hat sich wie kaum eine andere europäische Metropole gewandelt. Viele Brachen, die nach dem Mauerfall oftmals im Osten der Stadt und entlang der Spree frei lagen, konnten inzwischen genutzt werden, um den lange Zeit klammen Haushalt der Hauptstadt und ihr internationales Ansehen zu regenerieren. So wuchs die Stadt über die vergangenen Jahrzehnte zu einem der beliebtesten Tourismusziele Europas. Nicht unwesentlich dazu beigetragen haben die vielfältigen subkulturellen Projekte und Initiativen aller Bürger\*innen, die von den Bewohner\*innen auf brachliegenden oder ungenutzten Flächen aufgebaut wurden und damit für alle nutzbar machten, noch bevor die Verwaltung ihnen ihre eigentliche Bestimmung nach den Wendewirren zuweisen konnte. Während es bis vor einigen Jahren noch nachvollziehbar war, finanzstarke Investoren für das als „arm aber sexy“ geltende Berlin zu werben, wurden die selbstverwalteten Projekte immer weiter an den Stadtrand gedrängt und die Berlin charismatisch machende Vielfalt gerät immer mehr in Bedrängnis.

Neben der Verdrängung und dem Verschwinden der Projekte, die Berlin international bekannt gemacht haben, steht der stark wachsende Bedarf an Wohnraum. Um diesen zur Verfügung zu stellen, dürfen aber nicht nur Lücken schnell gestopft werden. Wir müssen Gebiete schaffen, die bis weit in die Zukunft Bestand haben. Wir erkennen, dass der zeitliche Druck nicht der alles bestimmende Faktor sein darf.

Daher stellen wir die folgenden Leitlinien für unser politisches Handeln auf. Diese Punkte sollen für konkrete Standorte in Lichtenberg ausgearbeitet und in unserer politischen Arbeit beworben werden, um sie mit den nötigen Mehrheiten umsetzen zu können.

### Herausforderungen zwischen Tourismus, Gewerbe und Kultur stemmen

Wir wollen, dass Lichtenberg weiterhin ein beliebter Ort zum Erleben, Verweilen und Entspannen bleibt. Anziehungsmagnete soll eine Mischung aus vielen, kleineren Kiezoriginalen oder Bauvorhaben mit Kiezbezug sein. Mit kiezbezogenen Kultur- und Tourismusangeboten ermöglichen wir eine Teilhabe vieler, denn: Ohne teure Eintrittspreise, wird auch für finanziell schwächere Tourist\*innen das Erlebnisangebot unseres Bezirkes breiter, während parallel Kleinunternehmen und lokale Kunst- und Kulturtreibende profitieren.

Umgesetzt haben wir diese Leitlinie bereits in der Herzbergstraße, wo im Gewerbegebiet Verdrängung durch Kunstgroßausstellungen unterbunden wird und mit unserem geplanten Kunst- und Kulturhaus in Hohenschönhausen werden wir eine alternative Möglichkeit schaffen, Kunst für alle dort umzusetzen, wo Kulturinvestition sozial verträglich sinnvoll

## ANTRÄGE

umsetzbar ist.

Außer für Kunstschaffende ist Lichtenberg auch Zufluchtsort für Musiker\*innen und Clubbetreiber\*innen geworden, zum Beispiel im Club Polygon oder im Berliner Rockhaus. Hier gilt ebenso, dass Orte, die eine vielfältige Kultur leben und Rückzugsräume für Personen, die Schutz vor Diskriminierung benötigen, darstellen, geschützt werden. Projekte, die feministische und inklusive Konzepte vorantragen, dürfen nicht verschwinden, so dass wir uns dafür einsetzen wollen, Orte zu finden, wo sie ohne Konflikte zur Nachbarschaft weiterhin Freiräume bleiben können. Einige dieser Freiräume konnten erst entstehen, weil Zwischennutzungen gestattet wurden oder sich auf ungenutzten Flächen von selbst entwickelt haben. Bei Projekten, die eine gewisse Strahlkraft und sich als sozialer Freiraum und Rückzugsort etabliert haben, muss der Versuch unternommen werden, dass diese vor Ort oder an einem anderen Ort erhalten bleiben.

Zum Kulturangebot gehören auch Museen und Gedenkstätten. Diese müssen ebenfalls unterstützt werden, notwendige Flächen erhalten bleiben oder wo nötig, bauplanerisch Rechtssicherheit hergestellt werden, so dass ihr historischer Charakter erhalten bleibt. Zum Beispiel sollte die Gebäudestruktur des Stasigeländes so erhalten bleiben, dass weiterhin sichtbar bleibt, wie groß die Machtfülle des Stasiapparates war.

### Vernetzung genossenschaftlicher Initiativen und Wohnprojekte vor Ort

Mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen hat das Land Berlin starke Institutionen, die neuen Wohnraum für bezahlbare Mieten schaffen. Die bisherige Zusammenarbeit mit ihnen soll fortgeführt werden. Wir wollen, dass alternative Wohnprojekte und -konzepte, wie zum Beispiel der Zusammenschluss eines Kollektivs, das ein Mietshaus als Eigentümerkollektiv übernimmt, wenn sie einem erkennbaren kulturellen, ökologischen oder sozialen Auftrag folgen, gefördert werden und nicht als schlechtere Investoren abgetan werden. Hierfür bieten sich rechtlich verschiedene Optionen wie etwa die Gründung von Genossenschaften an, welche wir den Möglichkeiten nach ebenfalls fördern wollen. Die Grundstücke sollen dabei nur in Erbpacht vergeben werden. Um einen weiteren Blick auf moderne, soziale und ökologische Formen des Zusammenwohnens und Zusammenwirtschaftens zu gewinnen, müssen wir vermehrt in den Austausch mit bereits bestehenden Projekten in Lichtenberg gehen, wie beispielsweise La Vida Verde, Hausprojekt Wönnichstr. 103 oder unterstützenden Organisationen wie dem Mietshäuser Syndikat.

### Bürger\*innenbeteiligung

Die bisherigen Bestimmungen zu Bürger\*innenbeteiligung bei großen Bauprojekten und der Erstellung von Rahmenplänen sind gut, aber keinesfalls ausreichend. Gerade in langgezogenen Planungsvorhaben zeigt sich, dass in einer Stadt, die sich parallel zu ihrer Bevölkerungsstruktur ebenso rasant verändert, keine Legitimation mehr aus ggf. lang zurückliegenden Beteiligungsverfahren gewonnen werden kann. Dasselbe gilt bei besonders komplexen

## ANTRÄGE

Bauvorhaben, in denen bei einer hohen Anzahl an Einbringungen durch die Bürger\*innen im Verhältnis viele nicht umgesetzt werden, da kein Expertenwissen, in Belangen dessen was baulich oder planerisch überhaupt umgesetzt werden kann, vorausgesetzt werden kann. Der daraus entstehende Eindruck der Bevölkerung, sie könnten keinen Einfluss nehmen, muss ernst genommen werden.

Auch außerhalb von vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren oder Wahlkampfzeiten müssen wir uns als Ansprechpartner\*innen für die Belange von direkt und indirekt Betroffenen oder für Ideengeber\*innen sehen. Dazu können wir nicht weiter abwarten, bis Bürger\*innen sich auf uns zu bewegen, sondern aktiv durch angemessene Veranstaltungen den Dialog über Bauvorhaben suchen, die Kontakt zwischen Expert\*innen und Bürger\*innen herstellen und den Dialog zwischen den Beteiligten moderieren.

Wenn wir Veranstaltungen der verschiedenen Initiativen zu Bauvorhaben besuchen, vergrößert der Besuch dieser Veranstaltungen durch Genoss\*innen die Anerkennung, die wir ihren Problemen beimessen. In außer-und überparteilichen Strukturen mit zu diskutieren, erweitert unseren Zugang zu möglichen Problematiken oder von Bürger\*innen als schwierig empfundenen Situationen. Aus den Evaluationen der Dialogveranstaltungen können so Punkte für unsere parteipolitische Arbeit gewonnen werden, die über ein Kredo „Bauen, Bauen, Bauen“ hinausgehen.

### Verkehrswende nicht zulasten der Menschen

Wir unterstützen die Verkehrswende. Sie darf aber nicht dazu führen, dass Menschen in ihrer Mobilität eingeschränkt werden. Eine Verkehrspolitik, die den motorisierten Individualverkehr einschränkt, ist notwendig. Sie kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn die Angebote des ÖPNV und der Sharing Mobility sowie die Voraussetzungen für Radfahrende und zu Fuß gehende flächendeckend, also auch außerhalb des S-Bahn-Rings, verbessert werden. So wird eine verlässliche, bezahlbare und sichere Mobilität jenseits des eigenen Autos geschaffen und der Anreiz erhöht, auf ein eigenes Auto zu verzichten. Deswegen wollen wir, dass die Takte auf bereits bestehenden Linien verbessert werden. Dort, wo neue Wohngebiete entstehen bzw. bereits entstanden sind, muss die ÖPNV-Anbindung zügig an die gestiegene Bevölkerung angepasst werden. Wir wollen, dass durch den Senat rasch Planungen für den Bau von U-Bahn-Linien nach Hohenschönhausen und entlang der Landsberger Allee sowie für den Bau der Nahverkehrstangente zwischen Karow und dem Flughafen BER, inklusive einer Verlängerung der S75 nach Karow, aufgenommen bzw. diese beschleunigt werden. Der Bau der seit langem geplanten U-Bahn-Linien kann die bereits jetzt an ihrer Kapazitätsgrenze operierenden Straßenbahnlinien M4, M5, M6 und M8 entlasten. Durch die Nahverkehrstangente würde sich die ÖPNV-Anbindung von großen Teilen des Bezirks (Hohenschönhausen, Friedrichsfelde, Karlshorst) entscheidend verbessern. Zu einer wirklichen Verkehrswende gehört auch eine Diskussion über den Weiterbau der Stadtautobahn A100. Als Teil einer Koalition, die sich die Verkehrswende auf die Fahnen geschrieben hat, können wir nicht zugleich an einem Weiterbau der

## **ANTRÄGE**

A100 über den Treptower Park hinaus festhalten. Die Stadtautobahn ist ein Symbol einer überholten Verkehrspolitik, die den motorisierten Individualverkehr in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen stattdessen eine Diskussion darüber führen, wie eine Verbesserung der Verkehrsanbindung in den betroffenen Bezirken ohne die A100 erreicht werden und wie die so frei werdenden Flächen sinnvoll für eine behutsame Stadtentwicklung genutzt werden können. Unser Ziel ist es, dass die Berliner SPD mit einem klaren Bekenntnis zum Nicht-Weiterbau der A100 in die Abgeordnetenhauswahl 2021 geht.



## ANTRÄGE

### 3. Zurückgezogene Anträge

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag	<u>A 23 – 19</u>
Antragsteller:	Arbeitskreis Stadtentwicklung
KDV Lichtenberg am	21.09.2019
Beschluss KDV	Ja   Stimmen   Nein   Stimmen   Enthaltungen   Stimmen
Weiterleitung an	<input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input checked="" type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV
Abstimmungsergebnis:	zurückgezogen

Die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

### Kein Abgelenktsein durch Mobiltelefone

Ergänzend zu den von der Konferenz der Verkehrsminister\*innen am 4.4.2019 beschlossenen Maßnahmen zum Schutz von Radfahrenden wird die StVO dahingehend geändert, dass das Radfahren und dabei gleichzeitige Nutzen von Mobiltelefonen und ähnlichen Geräten während der Fahrt analog den Regeln im motorisierten Verkehr untersagt und imπ selben Maß geahndet wird.

Gleichzeitig werden die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, der Bundesregierung, der Landtage und der Landesregierungen aufgefordert, sich gemeinsam mit den Interessenvertretungen der Radfahrer\*innen und der Polizei für eine Sicherheitskampagne im Radverkehr mit dem Ziel der Erhöhung der Aufmerksamkeit analog ähnlicher Kampagnen im Kraftverkehr einzusetzen.

### Begründung

Radfahrende sind genauso wie Kraftfahrer\*innen während der Fahrt durch Nutzung von Mobiltelefonen sehr stark abgelenkt und gefährden damit sich und andere Verkehrsteilnehmer\*innen im erheblichen Maß. Dadurch, dass sie zum einen weder durch eine geschlossene Karosserie mit entsprechenden Sicherheitseinrichtungen (Gurte, Airbag etc.) selbst geschützt sind, zum anderen durch ihr Abgelenktsein und ihre Unaufmerksamkeit andere Verkehrsteilnehmer\*innen in erheblichen Maße gefährden, ist mindestens eine Gleichwertigkeit mit den entsprechenden Regeln für den Kraftverkehr dringend geboten.

## ANTRÄGE

### 4. Abgelehnte Anträge

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>A 24 – 19</u>	
Antragsteller: Arbeitskreis Stadtentwicklung	
KDV Lichtenberg am 21.09.2019	
Beschluss KDV	Ja   Stimmen   Nein   Stimmen   Enthaltungen   Stimmen
Weiterleitung an	<input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input checked="" type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV
Abstimmungsergebnis: abgelehnt	

Die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Zum Schutz der Zu Fuß Gehenden wird das Bußgeld für das Radfahren auf Gehwegen – ausgenommen sind hiervon Kinder bis zum Alter von 10 Jahren und bei bis zu 8 Jahre alten Kindern in dessen Begleitung *ein* Elternteil bzw. eine Aufsichtsperson bzw. die Erlaubnis durch ein entsprechendes Verkehrszeichen - auf 55 Euro erhöht. ~~Bei Zahlung innerhalb von 7 Tagen wird es als Verwarngeld erhoben. Bei Nichtakzeptanz des Bescheides ist ein Bußgeldverfahren einzuleiten. Die hierfür entstehenden Kosten sind ergänzend umzulegen.~~

Gleichzeitig werden die sozialdemokratischen Mitglieder der kommunalen Parlamente und Landtage und die von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen hauptamtlichen Wahlbeamten und Mitglieder der Landesregierungen aufgefordert, die Einnahmen aus diesem Bußgeld in Ausbau und Erhalt der Radweginfrastruktur zu investieren.

Begründung:

Leider ist die Ordnungswidrigkeit des Radfahrens auf dem Gehweg weit verbreitet. Das Unrechtsbewusstsein ist mehr oder weniger Null. Zu Fuß Gehende müssen sich vor rücksichtslosen Radfahrer\*innen in Acht nehmen. Allerdings nutzen Radfahrende ordnungswidrig Gehwege auch deshalb, weil keine Radwege vorhanden sind, Straßen sehr stark befahren sind und es somit zu gefühlten und auch tatsächlichen Gefährdungen kommt. Mancherorts ist der Straßenbelag ~~insbesondere bei Kopfsteinpflaster~~ in einem kaum mit dem Fahrrad befahrbaren Zustand. Trotzdem ist dies kein Grund für Ordnungswidrigkeiten, jedoch ein Anlass zum Handeln.

Deshalb soll das Bußgeld auf den höchst möglichen Betrag, der als Verwarngeld erhoben werden kann, angepasst werden. Somit bleibt auch der Verwaltungsaufwand auf das bisher nötige Maß beschränkt.

**ANTRÄGE**

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>A 03 – 20</u>	
Antragsteller: Abteilung 6 Karlshorst / Friedrichsfelde Süd	
KDV Lichtenberg am 20.09.2020	
Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen <u>Enthaltungen</u> Stimmen	
Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input checked="" type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Abstimmungsergebnis: abgelehnt	

Die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Demokratie auf der lokalen Ebene stärken – Ortsteilräte in Berlin einführen

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats setzen sich für die Einführung von Ortsteilräten in Berlin ein. Insbesondere soll die sozialdemokratisch geführte Innenverwaltung den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Ortsteilräten prüfen und vorlegen. Die Innenverwaltung prüft dahingehend, inwiefern Änderungen der Berliner Verfassung und Änderungen des Bezirksverwaltungsgesetzes für die Einführung von Ortsteilräten notwendig sind.

Ortsteilräte sollen zukünftig über öffentliche Angelegenheiten ihren jeweiligen Ortsteil betreffen beraten, zu diesen Stellung nehmen, Empfehlungen abgeben und diese an die BVV weiterleiten. Ortsteilräte sollen zudem das Recht haben, beratend an allen die Belange des jeweiligen Ortsteils betreffenden Sitzungen der BVV und auch der Ausschüsse der BVV teilzunehmen und im Ortsteilrat getroffene Beschlüsse als Anträge an die BVV zu richten. Stellungnahmen und Empfehlungen der Ortsteilräte sollen Bestandteil der Beschlussvorlagen der BVV sowie der Ausschüsse sein. Dem Ortsteilrat sollen durch die zuständige BVV bzw. das zuständige Bezirksamt auf Beschluss der BVV auch eigene Haushaltsmittel für stadtteilbezogene Maßnahmen zugewiesen werden. Zudem sollten Ortsteilräte auch bei Einwohneranträgen (den jeweiligen Stadtteil betreffend) mindestens beratend mitwirken und Stellung nehmen dürfen.

Auf Beschluss der BVV können die Aufgaben des Ortsteilrates konkretisiert werden. Ortsteilräte sollen in allen den Ortsteil betreffenden Fragen auch Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksverwaltung einladen können. Das Abgeordnetenhaus von Berlin soll zudem nach Rücksprache mit den Bezirken festlegen, welche Fragen und Belange von Ortsteilen die jeweiligen Ortsteilräte auch abschließend beschließen können sollen. Dies soll zu einer Entlastung der Arbeit der BVVn beitragen.

Ortsteilräte sollen zukünftig auf Beschluss der BVV in einem Ortsteil gebildet werden. Mehrere benachbarte Ortsteile können auch gemeinsam einen Ortsteilrat bilden.

## ANTRÄGE

Bürger\*innen können die Einrichtung eines Ortsteilrates durch Einwohnerantrag an die jeweilige BVV einfordern. Zudem sollen die BVVn der Bezirke aus eigenem Antrieb heraus die Einführung von Ortsteilräten für die Ortsteile ihres Bezirks beschließen.

Die Ortsteilratsmitglieder werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gem. Berliner Landeswahlordnung für die Dauer der gesetzlichen Amtszeit des Berliner Abgeordnetenhauses gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig. Um auch die Belange der jungen Menschen im Stadtteil widerzuspiegeln soll sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht ab 16 Jahren möglich sein.

### Die Zahl der Ortsteilratsmitglieder soll in Ortsteilen

<b>mit bis zu</b>	<b>1000 Einwohnern</b>	<b>4,</b>
<b>mit mehr als</b>	<b>1000 – 4000 Einwohnern</b>	<b>6,</b>
<b>mit mehr als</b>	<b>4000 – 10000 Einwohnern</b>	<b>8,</b>
<b>mit mehr als</b>	<b>10000 Einwohnern</b>	<b>10 betragen.</b>

Begründung:

Berlin besitzt 96 Ortsteile. Eine demokratische Vertretung der Interessen dieser Ortsteile ist gemeinhin jedoch nur über die Bezirksverordnetenversammlungen der zwölf Berliner Bezirke sowie über das Berliner Abgeordnetenhaus gegeben. Gerade durch die Schaffung der Berliner Großbezirke werden in der BVV damit auf der einen Seite sehr kleinteilige, lokale Belange verhandelt, die die Bezirksverordnetenversammlungen zusätzlich belasten können. Auf der anderen Seite dringen dezidiert stadtteilbezogene Belange nicht immer in ausreichendem Maße durch. Ortsteilräte können hier ein basisdemokratisches Element darstellen, das demokratische Prozesse auf kommunaler Ebene stärken, stadtteilbezogene Diskussionen anstoßen und damit die Stadtgesellschaft insgesamt stärken kann. Zudem könnten Ortsteilräte die BVVn der Berliner Bezirke zusätzlich entlasten: So könnten diejenigen Fragen, die nicht die Belange des Gesamtbezirkes betreffen in den Ortsteilräten auch abschließend behandelt und beschlossen werden. Dies könnte beispielsweise auch den Beschluss über Straßennamen sowie über kleineren Baumaßnahmen (z.B. Spielplätze, Grünanlagen) betreffen. Dadurch würden lokale Entscheidungen weiter auf die lokale Eben verlagert und dem Subsidiaritätsprinzip stärker Rechnung getragen.

Gute Beispiele für Ortsteilräte existieren bereits in vielen Bundesländern. So kennen die Kommunalordnungen von Hessen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Sachsen und in Thüringen, Niedersachsen, dem Saarland und Mecklenburg-Vorpommern entsprechende lokale BürgerInnenvertretungen unter unterschiedlicher Bezeichnung (Ortschaftsrat, Ortsrat, Ortsbeirat, Ortsteilvertretung u.a.). Die Einführung von Ortsteilräten in Berlin sollte sich an bereits existierenden Vertretungen in anderen Bundesländern orientieren.